



Rund 30 Mitglieder des Regensburger Unterstützerkreises trafen sich gestern zur Ersteintragung. Foto: pm

„Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ läuft

Breites Bündnis ruft zur Eintragung bei Volksbegehren auf

Seit gestern läuft die Eintragungsfrist für das Volksbegehren „Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“. Die Initiatoren fordern ein gesetzlich garantiertes Mitwirkungsrecht von Gemeinden und Anwohnern beim Aufstellen von Sendemasten. Bislang dürfen solche Masten bis zu einer Höhe von zehn Metern ohne Baugenehmigung aufgestellt werden.

In Regensburg haben sich der Initiative neben der BI Mobilfunkkritiker ödp, Freie Wähler, der Katholische Frauenbund, der Diözesanverband, der Bund Naturschutz sowie viele Ärzte, Apotheker und Heilpraktiker angeschlossen. Vertreter des lokalen Aktionsbündnisses trafen sich gestern zur Ersteintragung am

Dachauplatz. „Wir sind nicht gegen Handys“, macht der Koordinator des Volksbegehrens für Regensburg, Benedikt Sutner, klar. „Doch die Standorte für Sendeanlagen müssen sorgfältiger ausgewählt werden. Nicht die Kosten dürfen ausschlaggebend sein, sondern eine möglichst große Gesundheitsverträglichkeit.“

Kindergärten und Schulen kostenfrei

Bei Kindergärten, Schulen oder in Wohngebieten sollten Sendemasten, angesichts möglicher Gesundheitsrisiken, künftig nicht mehr errichtet werden dürfen. Um dies zu erreichen, müsse eine generelle Genehmigungspflicht für Sendemasten eingeführt werden, so Sutner.

Die bayernweite Eintragung für das Volksbegehren läuft noch bis zum 18. Juli. Unter www.gesundheitsvorsorge-mobilfunk.de finden sich weitere Infos. (as)